



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.03.2023
Sitzungsbeginn:	19:02 Uhr
Sitzungsende:	22:40 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

René Just

Ordentliches Mitglied

Sven Reimer

Thomas Czesky

Detlef Gurczik

Janine Küchenmeister

Detlef Klucke

Matthias Wilke

Edgar Leisten

Martina Leisten

entschuldigt

Vertretung für:

Detlef Gurczik

Vertretung für:

Matthias Wilke

entschuldigt

Vertretung für:

Martina Leisten

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Sven Baranowski

Dipl.-Ing. Hartmut Miethge

Dipl.-Ing. Manfred Teichmann

Alfred Wolfermann

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Pressesprecher

Grit Mindak

Protokollant(in)

Sabine Leifeld

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die
Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzung des
Ausschusses vom 21.11.2022 und 08.02.2023
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Informationen der Deutschen Bahn
- 9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

-
- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Just um 19:02 Uhr eröffnet.
-
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Herr Just stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitglieder 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.
- Folgende Ausschussmitglieder nehmen online an der Sitzung teil:
Herr Reimer
-
- 3 Feststellung der Tagesordnung**
Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.
- Frau Şahin-Schwarzweiler schlägt vor, die Ausschusssrunde zu erweitern, damit Gäste und Ortsvorsteher Rederecht haben.
- Darüber wird wie vorliegend abgestimmt:
Abstimmung. 6 x JA
Die Erweiterung des Rederechts zu TOP 8 wird angenommen
-
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 21.11.2022 und 08.02.2023**
Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.
-
- 5 Bericht aus der Verwaltung**
Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten bei der heutigen Ausschusssitzung keinen Bericht aus der Verwaltung.
- Stattdessen wird direkt in die Einwohnerfragestunde eingestiegen.
-
- 6 Einwohnerfragestunde**
Herr Just:
Fragen, die um Tagesordnungspunkt 8 kreisen, sollen bitte nachher bei TOP 8 gestellt werden; jetzt nur Fragen zum Bauausschuss.
- Herr Klucke:
Können Nachfragen gestellt werden?
- Herr Just:
Ja.

Herr Juricke:

Wir hatten vor drei Wochen die Einladung der Gemeinde Mellensee, die Sie weitergeleitet haben, dass gestern eine Sitzung stattfinden sollte. Ich habe in Mellensee angerufen bei der zuständigen Vertreterin, die hatte gesagt, sie hat postwendend geantwortet, dass Sie den Termin hier wahrnehmen werden. Eine Absage des Termins an die Ortsvorsteher und an die SVV- Mitglieder ist durch die Verwaltung nicht erfolgt.

Herr Just:

Sie sollen bitte Fragen stellen. Wir sind in der Einwohnerfragestunde. Es geht hier nicht darum, anderen Leuten Vorwürfe zu machen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich kann dazu trotzdem etwas sagen. Wir hatten uns mit Herrn Mielke verständigt, den Bauausschuss zur Verfügung zu stellen, weil ich es wichtig finde, mit den betroffenen Gemeinden im Austausch zu stehen. Wir hatten einige Besprechungen mit der Bauausschuss-Vorsitzenden von Mellensee. Insofern waren wir und sind wir da sehr transparent.

Ich habe ein Problem damit, dass sich auf der Einladung nur Tagesordnungspunkte befanden, und es keine Fachexperten eingeladen waren. Ich habe die Deutsche Bahn auf der Einladung für den 14.03.2023 vermisst. Die Aussicht, sich zu positionieren und lösungsorientiert zu arbeiten, war nicht gegeben. Wir haben mit Mellensee darüber diskutiert, welches Format wir finden können und wo eine möglichst große Transparenz und eine fachliche Diskussion gegeben ist. Wir wollen eine fachliche Diskussion führen, deshalb wurde der Bauausschuss heute so eingeladen. Ich bin nicht die Einladende des Termins am 14.03 und wir als Stadt Zossen haben Sie nicht eingeladen. Es obliegt dem Einladenden zu informieren, wenn die Veranstaltung ausfällt. Das hat der Ortsbeirat von Mellensee vorbildlich getan, es gibt nichts zu kritisieren. Ich kann keine Einladung absagen, die ich nicht einberufen habe.

Herr Juricke:

Die Einladung wurde vom Vorzimmer der Stadt Zossen an uns weitergeleitet. Nach der Absage der Veranstaltung durch Frau Şahin-Schwarzweiler in Mellensee hat die Sachbearbeiterin gebeten, den Ortsvorstehern abzusagen.

Frage: Soll der Bahnübergang Thomas-Müntzer-Straße 30 Monate gesperrt werden? Der ganze Schwerlastverkehr und Umleitung geht dann über Saalow, L79, Horstfelde, nach Nächst-Neuendorf und umgekehrt. Wir haben keinen vernünftigen Gehweg, wenn jetzt der ganze Verkehr dort langlaufen soll, werden die Gehwege Horstfelder Dorfstraße und Saalower Straße bis dahin fertig sein, sodass Senioren mit Rollatoren nicht auf der L79 laufen müssen?

Nächste Frage: Entlang der L79 von Horstfelde Ortsausgang bis Ortsteingang Saalow ist die Geschwindigkeit auf 70 km/h herabgesetzt, vom Ortsausgang L79 Horstfelde bis Chausseehaus sind 100 km/h zugelassen; wann kommt auch hier eine Begrenzung auf 70 km/h? Ich habe wiederholt nachgefragt. Ich möchte, dass das umgesetzt wird, bevor die Baumaßnahme beginnt. Damit die Kinder vernünftig zu Schule kommen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir stehen mit dem Landkreis im Austausch. Ich unterstütze Sie bei dem Gedanken, das auf 70 km/h zu begrenzen, und wir werden eine Lösung dafür finden. Es sind drei Fraktionen in diesem Verwaltungsvorgang involviert; die Verwaltung Zossen und der Landkreis sind bereits überzeugt.

Frau Schreiber

Ich habe eine Frage, die nicht zur Bahnquerung gehört, an den Stadtverordneten Herr Reimer, der mir vorgestern in der Bauausschusssitzung Fragen gestellt hat. Leider zum Punkt Anfragen und Mitteilungen, sodass ich nicht antworten konnte.

Werden Sie künftig Fragen an mich in der diese Einwohnerfragestunde stellen? Ja, ich werde auch zukünftig kritisch nachfragen, wenn mir etwas auffällt, dass rechtswidrig geschieht. Ich werde meine Kritik an der Verwaltung auch weiterhin öffentlich äußern.

Herr Just:

Frau Schreiber, ab jetzt nur noch Fragen.

Frau Schreiber:

Jetzt zum Thema Bahnquerung: Wie kam es wirklich zu diesem Termin heute, die Frage geht an die Bahn, Mellensee und die Bürgermeisterin.

Frage an die Deutsche Bahn: Waren Sie nicht bereit, zum Bahntermin Thomas-Müntzer-Straße zu gehen? Hat Sie jemand gebeten, nicht zu kommen? Warum sind die Mellenseer heute hier? Würden Sie noch einen eigenen Termin in Mellensee machen? Dort sind die Bürgerbeteiligung und Beratungsmöglichkeiten entspannter. Frage an Verwaltung: Haben Sie eingegriffen und den Termin von Mellensee auf Zossen verschieben lassen? Frage an den Vorsitzenden: Wenn unsere Fragen nicht beantwortet werden, haben wir die Möglichkeit zu Nachfragen unter Punkt 8?

Wie kam es zu der Veränderung aus der Verhandlung zu meiner Zeit, wo wir als Stadt zur Bahn gesagt haben, eine zweijährige Sperrung wird es mit uns als Verwaltung nicht geben? Wir hatten uns auf verschiedene Maßnahmen verständigt, um die Sperrung Thomas-Müntzer-Straße auf sechs bis neun Monate herunterreduziert. Wer war derjenige, der diese Absprachen untergraben hat? Welche Gründe gibt es, dass man diese Absprachen nicht mehr einhalten will? Ein Hauptproblem ist die lange Auslegung der Brücke, das steigert die Kosten. Wir wussten schon bei der Planung, dass dort Sumpfland ist, nicht nur 24 Meter sondern 30 Meter tiefer Sumpf. Wir hatten das gelöst mit Mehrkosten. Mehrkosten sind manchmal besser als eine verlängerte Sperrung. Wer hat das geändert? Ist an der Brücke etwas umgeplant worden, höher, länger, weil der begleitende Rad- und Gehweg verändert wurde?

Frau Şahin-Schwarzweiler

Ja, wir haben darauf bestanden, dass die Brücke barrierekonform sein muss, wir sind davon ausgegangen, dass auch Ihre Pläne Barrieregerechtigkeit involviert hatten. Es gab kein Übergabeprotokoll von Frau Schreiber, wo die Punkte benannt wurden. Ich würde es auch begrüßen, wenn wir den Bahnübergang nur sechs Monate schließen müssten und nicht zweieinhalb Jahre. Entsprechend der Aktenlage und den Gesprächen mit der Deutschen Bahn sind wir von zwei Jahren und länger ausgegangen. Daher heute die Option zur Diskussion. Nein, der begleitende Rad- und Gehweg wurde nicht verändert.

Herr Just:

An die Bahn: Gab es eine Vereinbarung mit der Bahn über kürzere Bauzeit und warum hat sich das verändert?

Bürger 1

Erste Frage an die Bahn: Mit wie viel Straßenverkehr muss Zossen wegen der Baumaßnahmen Thomas-Müntzer-Straße mehr rechnen?

Zweite Frage: Die Unterlagen von der Brücke in Mellensee sind zu umfangreich, kann man die vereinfachen, damit die Bürger das verstehen? Ich vermisse zudem einen Zeitablaufplan, das müsste konkretisiert werden.

Und zu Dabendorf: Wie weit ist Nordumfahrung oder welches Bauwerk ist in der Goethestraße geplant?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zur Nordumfahrung: Ich habe heute die Planungsleistung beauftragt für die Nordumfahrung. Ich gehe davon aus, dass es in der Goethestraße eine Unterführung geben wird. Erstmal muss es eine Simulation von der Deutschen Bahn geben, wie die

Varianten aussehen. Wir müssen noch die Beschlussvorlage machen und die dann transportieren. Die Stadt favorisiert eine Unterführung. Es ist wichtig, dass wir den Variantenvergleich mit Zahlen beziffern, auch was die Projektsicherheit betrifft, benötigen wir evtl. mehr Grundstücke als bei der Anderen. Das muss in eine Risikoanalyse einmünden. Das war eigentlich für Januar angedacht, wir sind aber demnächst aussagekräftig, wenn die Kosten vorliegen.

Frau Schreiber:

30 Minuten sind noch nicht vorbei. Ich habe viele Handmeldungen gesehen. Die Gespräche zwischen Stadt Zossen und Bahn werden alle protokolliert. Haben Sie sich diese Protokolle angeschaut? Haben Sie die bei der Bahn abgefordert? Haben Sie dort nachgelesen, wie die Bauzeitverhandlungen waren. Es konnte noch keine unterschriebene Kreuzungsvereinbarung geben, weil da ja noch nicht alles verhandelt und geplant war.

Herr Just:

Die Fragen hatten wir doch schon. Wie lange wollen wir noch reden?

Frau Schreiber:

Ich wüsste gerne, ob das Protokoll bei der Bahn vorliegt. Haben die Änderungen wegen der Barrierefreiheit dazu geführt, dass die Brückenauslegung höher und länger wurde, so dass die Brücke jetzt mehr in die Fahrbahn ragt, so dass jetzt mehr Pfähle gesetzt werden müssen als vorher geplant, und Frage an die Bahn, haben Sie die Verwaltung darüber informiert, dass das genau das schon damals Thema war? Dass es um 1 Prozent barrierefrei zusätzlich geht und dafür um zweieinhalb Jahre Sperrung oder 6 Monate. Haben Sie die Verwaltung umfangreich informiert? Frage zu Herrn Ihme: Seit wann liegen denn die Varianten-Vergleiche im Rathaus vor? Ist die Vorzugsvariante die Brücke Dabendorf/Goethestraße?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es gibt keine Vorzugsvariante, die Unterlagen liegen noch nicht vor, sondern nur eine Präsentation, die im Lenkungskreis gezeigt wurde. Sie sagten selbst, dass sie doch über die zweieinhalb Jahre informiert wurden und sich darauf eingelassen haben. Nein die Barrierefreiheit ist nicht der Grund für die Sperrung, sondern es sind die technischen Rahmenbedingungen. Nein die Brücke ist nicht länger geworden aufgrund der Barrierefreiheit. Das Brückenwerk muss genehmigungsfähig sein und das wäre es eben nicht, wenn es nicht barrierefrei gebaut wird.

[Zu fotografierendem Bürger2] Bitte keine Fotos! Mir macht das nichts aus, aber es gibt eine Geschäftsordnung. Mich können Sie fotografieren, aber die anderen Anwesenden wollen das vielleicht nicht.

Bürger2:

Ich wollte nur die Tagesordnung fotografieren.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Bahn hat uns informiert, dass der Winkel anders sein muss. Es stellt sich keine Frage, dass wir hier gesetzeskonform arbeiten und für die nächsten 50 Jahre kein Problem kriegen. Es wäre absurd ein Bauwerk zu errichten, das nicht dem Sinn und Zweck entspricht. Dann lieber korrekt bauen und barrieregerecht sein. Und das war das erste Gespräch zur Thomas-Müntzer-Straße, das ich mit der Deutschen Bahn geführt habe.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Reimer

An der Gerichtstraße geht es mit dem Radweg vorwärts, Gibt es schon einen Zeitplan?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das ist mit in der Thematik 246 N, ich habe keine neuen Informationen, wann wir komplett fertig sind.

Frau Küchenmeister:

Es gibt eine Beschlussvorlage im Finanzausschuss zum Burgberg, die planungstechnische Änderungen, wo Frau Şahin-Schwarzweiler eine neue Planung vorgeschlagen hat. Diese Beschlussvorlage ist sehr umfangreich und wird vom Bauamt geschrieben. Haben Sie, Herr Just, keine Kenntnis, dass diese Beschlussvorlage nicht auf die heutige Tagesordnung gehört hätte? Ich habe selbst keine Anfrage, das soll aber in der SVV beschieden werden.

Herr Just:

Kennt die Beschlussvorlage nicht.

Frau Küchenmeister:

Ich stelle später eine Frage zum TOP 8.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es geht darum, dass wir ein Förderprogramm in Anspruch genommen haben und die Kosten jetzt final abstimmen. Wir haben Ihnen Unterlagen zur Verfügung gestellt. An dem Konzept hat sich seit 2021/2022 nichts geändert, da ist kein Beratungsbedarf. Der Bauausschuss kann das auf die nächste Tagesordnung nehmen. Es geht um finanzielle Auswirkungen, die wir im Finanzausschuss diskutieren müssen. Es handelt sich um einen Neubau und um eine Sanierung. Die Förderzusage haben wir im Dezember erhalten und auch kommuniziert.

Frau Küchenmeister:

Das ist kein reiner Neubau mehr, sondern auch eine Sanierung, das gehört in den Bauausschuss. In der Pressemitteilung im Dezember hieß es, es geht los. Doch jetzt wird erstmal ein Antrag eingereicht. Das ist nicht transparent. Die Beschlussvorlage soll in den Bildungsausschuss eingebracht werden. Auch in den Bauausschuss, da es viele Änderungen gibt. Wir wollen das Bauwerk ja, aber wir möchten Transparenz haben.

Frau Şahin-Schwarzweiler

Wir werden nicht abweichen, lesen Sie noch einmal die Pressemitteilung von der SPD und dem Ministerium. Wir wollen die Mittel zu 100 Prozent abrufen, daher ist eine neue Beschlussvorlage erforderlich. Sie haben dennoch Einfluss auf das Konzept, wie das Gebäude genutzt wird, das haben wir bereits diskutiert. Mit den Vereinen ist das abgeklärt, mit den Senioren ist es abgeklärt, mit der Expertin von der Jugendarbeit. Es hat sich nichts geändert, nur dass es schicker, moderner und energieeffizienter wird. An dem konzeptionellen Rahmen hat sich nichts geändert, wir haben uns nur auf das Bundesförderprogramm beworben, um das originäre Förderprogramm auch für andere Projekte in der Stadt zu verwenden. Wir haben den Zuschlag bekommen, in ganz Brandenburg gibt es nur zwei Projekte, die Förderung bekommen haben. Da können wir stolz sein. Ich verstehe Ihre Verzögerungstaktik nicht.

Frau Küchenmeister:

Es muss etwas kommen, aber wenn sich an der Ausstattung des Gebäudes etwas ändert, muss auch der Bauausschuss drüber gucken, nicht nur der Finanzausschuss. Auflagen müssen im Bauausschuss besprochen werden. Das hat nichts mit Verzögerungstaktik zu tun. Wenn wir die Fördermittelzusage haben, was wird im Einzelnen dann beantragt?

Frau Şahin-Schwarzweiler

Um die Fördermittel abzuschöpfen, müssen wir konkretisieren. Wir haben im März ein Gespräch, um die Schritte abzustimmen. Es liegt an Herrn Just, ob das Thema noch mal in den Ausschuss kommt. Die Sanierung des Altkörpers plus Neubau wurde nicht geändert, es ist eines der modernsten Mehrgenerationenprojekte, weil der Energiestandard so hoch ist. Das war im Finanzausschuss, im Hauptausschuss und auf der SVV Thema. Wir haben die Kosten gesehen, das muss jetzt in der Beschlussvorlage manifestiert werden. Das Projekt ist Bestandteil der Investitionsliste.

Herr Just:

Wenn das in Zuständigkeitsordnung des Bauausschusses fällt, würde ich das gern diskutieren.

Herr Leisten:

Ich bin auch im Finanzausschuss und habe die Beschlussvorlage gelesen, es gibt Veränderungen, warum? Das soll im nächsten Bauausschuss vorgetragen werden. Warum sitzen wir heute hier, wir hatten eine große Veranstaltung hier, wo die Deutsche Bahn ihre Pläne vorgestellt hat. Gibt es von der Bundesbahn beabsichtigte Veränderungen zu dem Vortrag? Wenn nein, dann ist es nur, um Mellenseer Abgeordnete zu informieren. Ich sehe keine Notwendigkeit der heutigen Diskussion, wenn die es keine Neuplanung gibt.

Herr Just:

Ist ein Jahr her seit der letzten Präsentation im Bauausschuss. Es gibt viel Kritik, gerade am Thema Sperrung Thomas-Müntzer-Straße. Da müssen wir uns ein Bild machen und ausloten, wie die Beeinträchtigung für die Bürger möglichst gering ist. Deshalb sind die Deutsche Bahn, Mellensee und Herr Trebschuh vom Landkreis hier. Wir brauchen die Informationen in regelmäßigen Abständen.

Herr Czesky:

Es wird nicht das letzte Mal sein. Zielsetzung muss sein, bei der Maßnahme möglichst nicht voll zu sperren, sondern durch eine Ampelregelung an der Baustelle vorbei zu kommen. Schön, dass der Kreis da ist, das Problem muss eine Ebene höher gehoben werden. Wir müssen weiter reden. Meine Zielsetzung ist, keine Vollsperrung zu bekommen.

Herr Klucke:

Beim Burgberg, gibt es schon einen Zuwendungsbescheid oder müssen die Fördermittel erst noch beantragt werden?

Frau Şahin-Schwarzweiler

Es gibt die Zusage vom Ministerium, dass wir berechtigt sind, diese 1,7 Millionen Euro zu erhalten und abzurufen. Das liegt uns schriftlich vor. Viele haben teilgenommen, dann hat man gefragt: Welche Projekte sind förderungswürdig, was ist wichtig für Infrastruktur, das wurde hoch bewertet. Wichtig ist die Abstimmung in den Ausschüssen, wie man die Fördermittel aufteilt. Zossen erhält 1,7 Millionen, wenn wir das Projekt wie in der Skizze vorgetragen umsetzen.

Herr Just:

Wir freuen uns alle. Das ist ein Wettbewerbsverfahren, man reicht eine Skizze ein und dann nach der Fördermittelvergabe die richtigen Unterlagen.

Herr Klucke:

Was der Bürger aus Dabendorf gesagt hat und die Antwort von Frau Şahin-Schwarzweiler, soll auch den Stadtverordneten vorgestellt werden. Wir als Stadtverordnete wollen involviert werden, wir sind nicht nur zum Abnicken da.

Herr Just:

Vielleicht mal die erste Frage: Die Stadt möchte eine Überführung, es wird aber gerade ein Variantenvergleich aus Brücke und Tunnel erarbeitet. Sobald dieser existiert, wird dieser in den Ausschüssen und der SVV präsentiert und wird Stadtverordnete entscheiden dann.

Herr Klucke:

Ich gehe auch davon aus, dass es in die Ausschüsse kommt und wir beteiligt werden. Das verlange ich auch.

Herr Juricke hat recht hinsichtlich der L79, dass 100 km/h-Stück ist gefährlich, ich gehe davon aus, dass Sie als Verwaltung uns tatkräftig unterstützen. Und der Herr Trebschuh auch.

Frau Schreiber hat das richtig geschildert, dass die Sperrung nicht so lange sein soll.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben uns auch mit den Feuerwehren in Verbindung gesetzt, Zossen und Mellensee. Hier wurde uns kein Problem signalisiert. Die Aussage war: Das kriegen wir gut gewuppt, auch wenn man sich Einsätze teilen muss. Man sieht keine großen Probleme. Wir wollen alle diese Baumaßnahme so kurz wie möglich halten und nicht die Straße für zweieinhalb Jahre sperren oder Ortsteile abschneiden. Hätte man das vor zehn Jahren gewusst, hätte man sich vielleicht dagegen entschieden. Wir müssen jetzt gute Lösungen und Umleitungskonzepte finden. Forderung: Die Thomas-Müntzer-Straße wird erst gesperrt, wenn die B246N fertig ist und auch erst dann kann das elektronische Schließwerk in Betrieb gehen. Hätte ein Vertrag über sechs Monate existiert, wären wir alle happy! Wir wollen das kurz und schnell über die Bühne bringen. Allerdings lässt sich das halbe Jahr der Schließung technisch nicht realisieren.

Es findet eine kurze Pause von 19:52 Uhr bis 20:00 Uhr statt.

8 Informationen der Deutschen Bahn

Herr Just:

Es geht jetzt weiter mit Tagesordnungspunkt 8.

Herr Leder vom Ortsbeirat Mellensee wird ein Statement halten.

Frau Şahin-Schwarzweiler wird die Gedanken der Stadt Zossen darlegen.

Herr Trebschuh wird die Einbindung des Landkreises beleuchten, wie das Verfahren abläuft.

Es folgt die Präsentation von Herrn Ludwig von der Deutschen Bahn AG.

Herr Ludwig:

Einführung, Terminplanung und Übersicht

Gesamtterminplanung der Maßnahmen im Gebiet Zossen

- Abschnitt Rangsdorf-Zossen (inkl. der Bahnübergänge Dabendorf, Goethe- und Brandenburger Straße.

Bauzeit vsl. 2026 - 2028

- Umbau Bahnhof Zossen und Bau der Straßen Überführung B246; dazu wird es eine Info-Veranstaltung am 30.3.2023 hier in Dabendorf geben.

Bauzeit vsl. 2022 - 2024

- Bahnübergang TMS/L791

Bauzeit vsl. 2024 - 2027

- Abschnitt Zossen-Wünsdorf

Bauzeit 2026 - 2028

- Umbau Bahnhof Wünsdorf-Waldstadt bis Neuhof

Bauzeit 2020 - 2023

Herr Just:

Gibt es Zeitraum, in dem mehr als ein Abschnitt gleichzeitig geschlossen sein wird?

Herr Ludwig:

Die B246N Mitte 2024, die Thomas-Müntzer-Straße wird erst geschlossen, wenn alle anderen offen über neue B246N bzw. Dabendorf fahren können.

Frau Şahin-Schwarzweiler

Wir sind bestrebt, eine Lösung für Dabendorf zu finden. Derzeit ist keine Querung für PKW vorgesehen. Dort sind zwei Übergänge geschlossen. Wir sind in Abwägung, bevorzugen einen Tunnel. Wir werden auf jeden Fall eine Ersatzmaßnahme finden. Ja diese beiden Bahnübergänge werden zeitgleich geschlossen.

Herr Ludwig:

- Errichtung der Straßenüberführung in Bauphasen
- Alternative Variantensuchung
- Fragen der SVV aus Januar 2023
- Vorläufiges Umleitungskonzept

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Es stehen andere Zeiten an der Tafel, das überschneidet sich alles.

Herr Ludwig:

Wir reden nicht nur über den Bau der freien Strecke; wir bauen gleichzeitig Überführung und Straßen. Sperrungen für Abschnitt 1 und 4 werden vor 2024 nicht stattfinden. Wir werden schauen, dass wir 2026 in Dabendorf beginnen. Die Autofahrer werden erst 2027 feststellen, dass gebaut wird.

Terminplan TMS:

- 10/2022 - 04/22 Eisenbahnbundesamt (EBA) Planrechtsverfahren mit Bestandskraft, Öffentlichkeitsbeteiligung, dann Erörterungstermin vom EBA, Ziel 07/2024
- 04/2024 - 07/2024 Ausschreibung/Vergabe Bauhauptleistungen, Baubeginn
- 07/2024 Inbetriebnahme (IBN) elektronisches Stellwerk (ESTW) Zossen, Auflösung und Sperrung des Bahnübergangs an der L791
- 07/2024 - 01/2027 Errichtung der Straßenüberführung

Bilder vom Brückenbauwerk werden gezeigt.

Bauhauptleistung:

- 3 Bauteile: Dammbauwerk West, 8-Feld-Verbundbrücke, Dammbauwerk Ost
- Neubau Anliegerstraße
- links kombinierter Geh-/Radweg, barrierefrei
- landschaftspflegerische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wg. FFH-Gebiet, was schwierig ist aber mangels Alternativen nicht anders funktioniert (z. B. Windelschnecke, steht unter Naturschutz, muss umgesiedelt werden)

Vorbereitende Leistungen:

- Leitungsumverlegungen
- Errichtung von Lager- und Logistikflächen (u.a. Kranstandorte)
- Maßnahmen aus dem landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP)

Errichtung Straßenüberführung in Bauphasen

Start: Mitte 2024 bis Mitte 2025

Errichtung Straßenüberführung in Bauphasen

Start: Mitte 2024 bis Mitte 2025, östlich und westlich der Bahntrasse
westlich:

Bodenaustausch unter neuen Anliegerstraße
Leitungsumverlegungen (z. B. Strom, Wasser, Gas, Telekom
Östlich:

Bodenaufschüttung
Leitungsverlegung und Rückbau

Kranstandorte Bohrpfähle bis zu 40 Meter
Probefelder für Bohr- und Rammpfahlgründung (statische Pfahlprobelastung,
Rammpfahl)
Lager und Logistikflächen aus Blähbeton
Auflastschüttung mit Vertikaldrains
Arbeitsebene für Rammpfähle

Bauphase 2 Mitte 2025 bis Herbst 2026:
Rückbau Fahrbahn und Gehwege Thomas-Müntzer-Straße im Baubereich
Bodenaustausch, Einheben der Träger, Bau der Straßenbrücke sowie Dammbauwerke
der Brücketampen

Bauphase 3 Herbst 2026 – Januar 2027:
Bei der Straßenbrücke sowie Dammbauwerke der Brückenrampen,

Frage von Bürgern nach Umleitungskonzept

Herr Klucke:

Wie werden die Maschinenteile brückenfertig geliefert: Per Maschine oder per Achse?

Herr Ludwig:

Voraussichtlich per Achse. Wir schaffen aber nur die Rahmenbedingungen, die
Entscheidung trifft das ausführende Unternehmen.

Herr Czesky:

Ist in Offenlage, das alle per LKW über die B96 fahren, dann haben sich die
Anbietenden daran zu halten. Die Anlieferung sollte möglichst über die Bahn
erfolgen.

Herr Ludwig:

Wir nehmen die Anregung auf.

Herr Just:

Wollen Sie jetzt alternative Varianten auch zeigen?

Herr Ludwig zeigt Schaubild zu Trassenvarianten mit mehreren Linienführungen.

Herr Ludwig

Wir können der Linienführung der alten Straßentrasse nicht nachgehen, es gibt da
Vorgaben. Die Trassierung passt nicht mehr in die alte Straßenführung.

Es gibt eine zweite Variante weiter südlich, an der B96, einmal quer übers Feld und
die dann per Kreisverkehr wieder an der B96 anbindet. Das bedeutet aber auch einen
Umweg.

Wir können Alternativen nicht realisieren wegen Naturschutz, wir haben das
Landschaftsschutzgebiet Notte-Niederung (LSG) drum herum, das Flora-Fauna-
Habitat-Gebiet Niederung der Notte bei Zossen (FFH), Freiraumverbund – d.h.
Gebiete, die frei gehalten und nicht bebaut werden dürfen -, Bodendenkmäler (wie
alte Siedlungsgebiete) und Moorgebiete. Der Baugrund ist zudem nicht besser als
nördlich.

Andere Varianten gibt es nicht. Nur eine Variante ist genehmigungsberechtigt und

baubar, das ist die, die wir vorgestellt haben. Ein Tunnel ist bei 30 Meter Moor technisch nicht möglich. Die vorgestellte Variante mit Pfählen ist die einzige Möglichkeit, wie wir eine Überquerung realisieren können.

Herr Ludwig:

Fußgänger und Radfahrer gehen über Thomas-Müntzer-Straße, Johneweg, Querung der Bahngleise dann am Nottekanal. Am Nottehafen wird der Weg verbessert. Es wird eine Parkmöglichkeit im Bereich Oertelufer bestehen, um Autos stehen zu lassen und mit dem Fahrrad zum Johnepark zu fahren.

Frau Küchenmeister:
Wieviel Parkplätze?

Herr Ludwig:
Ca. 40.

Herr Just:

Es sind nicht die Kita-Parkplätze, sondern zusätzliche Parkplätze.
Alle Unterlagen stehen im Internet unter Ausbaustrecke Berlin - Dresden, auf dem Bahn-Infoportal.

Herr Ludwig:

Ich möchte mit der Umleitungskonzeption weitermachen.

- Route 1 Klausdorf unf Wü-Waldstadt
Mehrkilometer 2,83 km (+15 ab Johnepark)
Fahrzeitverlängerung: 23 min
- Route 2 Nächst-Neuendorf über neue Straßenüberführung B246n nach Zossen
Mehrkilometer + 5 km
Mellensee 7 Minuten, Johnepark 3 Minuten
Ampel in Saalow

Öffentlicher Nahverkehr

Fünf Buslinien müssen umgeleitet werden: 700, 706, 771, 795, 796, 791

Primäres Anliegen ist, dass die Kinder zur Schule kommen, insbesondere vom Johnepark.

Für Grundschüler muss ein maximaler Schulweg von 45 Minuten eingehalten werden. Besonders betroffen sind Schüler aus dem Johnepark.

Rettungsdienst

Da hat es schon Abstimmungen gegeben. Uns wurde signalisiert, dass sich eine Lösung finden wird.

Herr Leder:

Der Rettungsverkehr und die Sicherung durch die Freiwillige Feuerwehr Saalow, Horstfelde und Mellensee sind nicht garantiert. Feuerwehrleute müssen auch arbeiten, sind nicht ständig verfügbar.

Wir haben nichts gegen die Brücke, sorgen uns aber um die Sperrzeit. Die Sperrungen sind nicht aufeinander abgestimmt. Warum muss das ESTW schon Juni 2024 in Betrieb gehen? Warum wird Alttechnik nicht länger benutzt? Elf Monate sind zu lang für die erste Bauphase. Wir haben Sorge, dass durch die langen Bauzeiten Schüler gefährdet sind wegen der fehlenden Rad- und Fußwege. Der gesamte Logistikverkehr wird über unsere Straßen führen.

Herr Just:

Wollen wir jetzt das Thema ESTW besprechen? Die 30 Monate sind nicht auf die tatsächliche Bauzeit zurückzuführen, sondern darauf, dass neue Stellwerk bereits in Betrieb genommen wird, obwohl das alte Stellwerk noch funktionstüchtig ist.

Herr Ludwig:

Ich verstehe die Frage nicht. In den ersten elf Monaten werden wir schon Baumaßnahmen machen, die den PKW-Verkehr unmöglich machen, auch ohne Schranke, zum Beispiel durch Baufahrzeuge, Probefelder, die Straße ist aufgerissen.

Herr Leder:

Es ist nicht ersichtlich, welche Maßnahme zu welchem Zeitpunkt stattfindet. Kann man das in Einzelsperrungen machen?

Herr Ludwig:

Leitungsumverlegungen sind nicht das Problem, sondern Kranstellflächen und Probebohrungen.

Herr Leder:

Probebohrungen sind nicht im Planrechtsverfahren dargestellt.

Herr Just:

Können wir Kranstellflächen und Pfahlbohrungen weiter südlich machen?

Herr Leder:

Mit den Maßnahmen fängt man nicht an. Wir haben keine Information über zeitlichen Verlauf.

Herr Leder?

Dazu gibt es Bauablaufrahmenterminpläne.

Herr Ludwig:

Wir versuchen, es bei Info-Veranstaltungen zu vereinfachen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Vorschlag: Wenn Sie den Mellensee Projektplan anpassen, sodass wir nachvollziehen können, wann die Probebohrungen und Leitungsverlegungen losgehen, können wir besser einschätzen, wie wir mit knappem Zeitfenster losgehen. Alle möchten konkrete Daten, es muss transparent sein.

Herr Ludwig:

Wir versuchen, Ihnen etwas Reduzierteres zu erstellen. Damit Sie die elf Monate etwas griffiger haben.

Herr Just:

Bis wann ist damit zu rechnen?

Ludwig:

Das teilen wir Ihnen noch mit.

Herr Leder:

Wir haben nur bis zum 27. April Zeit.

Herr Ludwig:

Bis Ende des Monats.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Bis zur Infoveranstaltung am 30.03.

Herr Ludwig:

OK.

Herr Klucke:
Wir als Stadtverordnete können das auch einsehen?

Herr Ludwig:
Die Bahn liefert an die Verwaltung, die Verwaltung verteilt weiter. So schnell wie möglich.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Wir fügen die gezeigten Unterlagen sowieso dem Urprotokoll bei.

Herr Leder:
Erschütterungsschutz ist nur für das direkte Baufeld vorgesehen. Was ist mit den Häusern, die auf der Strecke liegen? Da fahren schwere Fahrzeuge wegen Bodenaustausch, LKW-Verkehr. Wie positioniert sich die Bahn zu den Häusern, die auf der Umleitungsstrecke sind?

Herr Ludwig:
Ich schaue mir das an, wir fahren mit LKWs nicht auf Straßen, die wir nicht benutzen dürfen.

Herr Leder:
Einige Häuser liegen direkt an Straße.

Herr Ludwig:
Hauptsächlich geht der Verkehr über Bundesstraßen.

Herr Leder:
Sie müssen durch Mellensee, sie kommen gar nicht anders ran. Anlage 25.4 besagt, dass Transporte überwiegend über die Straße kommen.

Herr Ludwig:
Beweissicherung der Umleitungsstrecke, wenn das Eisenbahnbundesamt das genauso sieht, werden wir sichern.

Herr Just:
Für ein privatrechtliches Verfahren machen wir keine Beweissicherung?

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Nein, das kann und darf Herr Ludwig nicht, das Landesamt für Straßenwesen ist in der Verantwortung. Hätte man in der Vergangenheit die Straßen ertüchtigt und ausgebessert, hätten wir heute die Probleme nicht. Das LS muss die Straßen herrichten. Das Thema haben wir auch in Schöneiche und Zossen, generell. Wir können mit Deutscher Bahn zusammen den Druck erhöhen für weitere Investitionen seitens des LS. Das müssen wir mit allen Verantwortlichen diskutieren.

Herr Leder:
Was ich bemängeln möchte ist, dass der Plan auf der Verkehrszählung von 2015 fußt. Warum gibt es keine aktuellen Zahlen?

Herr Maurer:
Die sind einsehbar unter dem Link von Landesamt Brandenburg. Erst 2021 hat das Bundesamt Zahlen aktualisiert, und die werden eingearbeitet. Bei der Planung, die wir ihnen 2022 vorgestellt haben, lagen diese Zahlen noch nicht vor. Die Verkehrszählung war noch nicht abgeschlossen.

Herr Leder:

Die Anwohner befürchten, dass aus einer ruhigen Anliegerstraße jetzt plötzlich eine viel befahrene Straße wird und dass es zu zeitlichen Verzögerungen durch die Ampel kommt. Die Schüler haben 32 Minuten Fahrzeit, ohne Wartezeit an der Ampel, dann reichen 45 Minuten nicht.

Herr Ludwig:

Die Fahrzeit für Schüler wird derzeit untersucht. Wir sind nicht das Busunternehmen und koordinieren nicht die Linien. Wir haben eine Firma beauftragt, die Fahrtzeiten zu untersuchen. Die Zahl in der Unterlage ist vorbehaltlich.

Herr Leder:

Unser Ziel ist die Verkürzung der Fahrtzeit mit der Fahrt über Saalow.

Herr Ludwig:

Das habe ich nicht verstanden.

Herr Reimer:

Ich schließe mich den Vorrednern aus Mellensee an. Der Schülerverkehr erfolgt auf jetzt schon engen, unübersichtlichen Straßen. Die Deutsche Bahn soll in der Ausschreibung berücksichtigen, dass riesige Massen von Baumaterial nicht durch unsere Ortschaften gefahren werden, das geht nicht. Es sind Klagen zu befürchten, und viele Unfälle. Ich habe Sorge, dass Schüler zu Schaden kommen. Im Johnepark sind große Schäden zu befürchten.

Herr Ludwig:

Das Logistikkonzept wird letztlich über das Planrechtsverfahren entschieden, wie Baustoffe zu transportieren sind. Die Ursache für Ihre Sorge liegt am schlechten Straßennetz. Das hätte früher verbessert werden müssen. Jetzt kommen wir als Maßnahme und Ihre Sorgen sind natürlich groß.

Herr Reimer:

Im Johnepark ist hinter der Bahnschranke das Moor nicht zu Ende, hier kann man gar keine andere Straßenführung machen. Es ist ein 90-Grad-Kurve, wir sehen große Gefahr durch Sattelschlepper. Bitte berücksichtigen Sie, dass ein Transport durch die Ortschaften nicht möglich ist.

Herr Leder:

Ich weise nochmal auf die Rettungsfahrzeuge hin. 22.04, Seite 10, da steht Straße drin. Wenn es drin steht, ist es beschlossen.

Herr Juricke:

Wie wird in Zossen Schülerverkehr geregelt?

Erdtransmitarbeiter kennen sich aus. Diese werden nicht die Umleitungsstrecke nutzen, sondern werden über Saalow und Horstfelde fahren. Wie wird das geregelt?

Herr Just:

Das müssen wir anmerken im Prozess des Verfahrens.

Herr Maurer:

Die Bohrpfähle haben eine Vorlaufzeit von sechs Monaten für die Ausführung. Die Ergebnisse brauchen wir für die Planung. Daher muss das zu Beginn ausgeführt werden. In der Vorplanung wird die Maßnahme in der Variantenprüfung betrachtet. Unterm Strich kommt eine Vorzugsvariante heraus. Diese wird als Planvariante verfolgt. Wünsche von Dritten werden berücksichtigt, wie Einwohner, Umweltmaßnahmen.

Mit der ehemaligen Bürgermeisterin wurde damals die Vorentwurfsplanung

besprochen.

Herr Trebschuh:

Ich bin Dezernatsleiter für Wirtschaftsförderung und Straßenverkehrswesen im Landkreis. Im Lenkungskreis ist der Landkreis vertreten als nicht unmittelbar Betroffener. Wir sind kein Kreuzungspartner, weil wir über Landes- und Bundesstraßen reden. Wir sind nicht verantwortlich, aber mittelbar betroffen: Umweltschutz, ÖPNV und konkret der Schülerverkehr sind die größten Baustellen aus unserer Sicht. Das Straßenverkehrsamt trifft verkehrliche Anordnungen. Der ÖPNV ist stark betroffen von Linien, die queren. Ich musste zu der Überzeugung kommen, dass die Sperrung notwendig ist, nachdem, was die Deutsche Bahn dargelegt hat. Ich sehe jetzt klar die Sperrung. Geht die über zweieinhalb Jahre? Liegt das an den vorbereitenden Arbeiten oder am Stellwerk? Das Umleitungskonzept wurde vorgestellt, das haben wir durch die Ingenieurgesellschaft Spreepfan prüfen lassen. Es ist in der Endphase der Bearbeitung. Wir werden an Sie herantreten und das gemeinsam erörtern. Die maximalen Fahrzeiten sind für die Primarstufe 45 Minuten, Sek 1 60 Minuten und Sek 2 90 Minuten. Grundschulen sind besonders sensibel, hier die Grundschule Zossen. Wenn das Spreepfan-Konzept realisiert wird, sind 45 Minuten zu schaffen. Sek 1 und Sek 2 sind nicht das größere Problem. Trotzdem ist das eine Belastung für die Schüler aus Johnepark und Mellensee. Wir müssen den Schülerverkehr satzungskonform ableisten. Der Rettungsdienst wird seine Dinge gewährleisten auch trotz Sperrung, mit anderen Rettungswachen, z.B. Klausdorf. Der Rettungsdienst ist gesichert.

Der Antrag zum Bauwerk bei Kaufland für Anordnung der Sperrung über eine Sperrung ohne Ablaufplan der Maßnahmen wurde für den Zeitraum vom 10.3.23 bis 31.12.26 gestellt. Wenn die Querung Kaufland nicht fertig ist und nicht über den Kreisverkehr auf die B96 eingebunden werden kann, wird die Maßnahme TMS schon beginnen oder nicht?

Wir werden keine Sperrungen von zwei Bahnübergängen zeitgleich zustimmen. Wir wollen nicht, dass Sie mit Maßnahme TMS erst am 1.1.27 starten. Wir werden aber nicht zwei Bahnübergänge gleichzeitig sperren, das sage ich ganz klar. Zum Transportverkehr. Wenn eine Straße eine Straße ist, dann können sich die LKW darauf bewegen. In unserer bis zum 27.4. zu tätigen Stellungnahme werden wir die Dinge, die die Bürger angemahnt haben, mit aufnehmen. Ob das Eisenbahnbundesamt das annimmt, ist eine andere Frage. Es bedarf einer klaren Kommunikation, damit Transporte nicht über die Straßen fahren. Wenn es kein LKW-Verbot gibt, dürfen die LKW die Straße benutzen.

Herr Leder:

Problematik Rettungsfahrzeuge ist beim Kreis vom Tisch.

Herr Trebschuh:

Der Rettungsdienst ist ein Eigenbetrieb des Landkreises. Ich kann nicht für den Rettungsdienst sprechen. Die Aussage im Lenkungskreis wurde wie von Herrn Ludwig dargestellt getroffen. Das kann ich bestätigen.

Herr Leder:

Wir sind anderer Ansicht, wir sehen es als nicht abgesichert.

Herr Trebschuh:

Wir haben einen Planfeststellungsantrag, den gilt es zu bearbeiten. Er ist dafür da, um auch die Hinweise der Einwohner ins Kalkül zu ziehen und abzuwägen. Wir müssen das in die entsprechenden Stellungnahmen hineinschreiben. Es reicht nicht, das alleine von Herrn Ludwig zu fordern: Dann setzen Sie das um. Dafür ist er nicht

zuständig. Nur wenn das Eisenbahnbundesamt ihm das sagt, aber nicht bei einem privatrechtlichem Vertrag. Der Landesbetrieb Straßenwesen gehört auch an den Tisch, der verhält sich zu ruhig zu dem Thema. Die Stadt und die Gemeinden müssen Erschütterungs-Probleme anmahnen.

Herr Just:

Der Landkreis ist bereit, unsere Stellungnahme an die Gemeinden zu geben. Es ist im Interesse aller, ein abgestimmtes Werk zu haben.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das Bauamt Mellensee und der Landkreis werden zum Abstimmungsgespräch eingeladen Ende März.

Herr Trebschuh:

Der Landkreis trifft keine Abstimmung mit Gemeinden, wir werden nur die Stellungnahme zur Verfügung stellen, das dauert.

Herr Just:

Dann sollte es ein Arbeitstreffen wenigstens zwischen Zossen und Mellensee geben.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir werden uns fachlich austauschen.

Herr Just:

Wir werden das Logistikkonzept und andere Punkte mit einfließen lassen.

Herr Leder:

Ich bin mir nicht sicher, ob wir und Zossen sich in allen Punkten einig sind. Ich stehe aber für eine Abstimmung zur Verfügung.

Herr Just:

Sie können der Verwaltung schreiben, Sie müssen nicht in einem Büro sitzen, aber Sie müssen miteinander reden.

Frau Schreiber hat gesagt, wir hatten mal sechs Monate, warum jetzt zwei Jahre?

Herr Ludwig:

Die sechs Monate sind das Ergebnis einer Vorentwurfsplanung, die nur rudimentäre Überlegungen einschließt. Was wir jetzt gemacht haben, war die Entwurfsplanung. Das ist das Ergebnis der Entwurfsplanung. Die sechs Monate waren kein Versprechen, sondern ein Ergebnis der damaligen Erkenntnisse 2019. Jetzt haben wir 2023, und erkennen: Das funktioniert nicht.

Herr Trebschuh:

Wir wurden beteiligt bei der Frage nach einer behindertengerechten Gehwegsplanung.

Frau Schreiber:

Umleitung Fußgänger. Diese Führung von Thomas-Müntzer-Straße über Johnweg am Nottekanal entlang, entweder Buckowbrücke oder meine Vorzugsvariante auf der Zossener Seite am Nottekanal, der am E-Werk wieder herauskommt. Die ist nur vier Minuten länger, ohne Steigung und eine barrierefreie Querung. Die sollte dauerhaft sein, für den Johnepark bis in die Innenstadt, und wir deshalb entlang der Bahnbrücke Thomas-Müntzer-Straße nicht auf die 2 Prozent Gefälleneigung bestehen, sondern mit 3 Prozent einverstanden sind,. Die Sperrungszeit verkürzte sich auf sechs Monate. Herr Klucke, Herr Reimer und Herr Baranowski haben auch zugestimmt. Und dann ist 2020 irgendwann eigenmächtig ohne Beschluss der SVV von Frau Schwarzweiler entschieden worden: Ich möchte aber lieber nur die 2

Prozent belassen erstmal.

Herr Just: Bitte kurzfassen

Frau Schreiber:

Bitte es dauert noch eine Minute, und wann ist das eigentlich entschieden worden, ohne Beschluss der SVV? Und dann hat die Bahn umgeplant. Sollte man nicht auf dem Bauausschuss dafür sorgen und in der SVV, dass die Beschlüsse der damaligen SVV diskutiert werden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zum Vorschlag von Frau Schreiber: Warum habe Sie Brücke nicht saniert, wenn Sie Leute über den Sandweg schicken wollen? Ihr Punkt wird auch in unserer Planung berücksichtigt. Das hat aber nichts mit unsere Baugrunduntersuchung zu tun, es hätte auch mit einer nicht barrierefreien Planung zwei Jahre gedauert. Wenn schon wieder Unterstellungen gegen mein Amt gemacht werden, muss ich eingreifen. Es ist Moor, und es bleibt Moor.

Herr Just:

Der Vorschlag klingt nachvollziehbar.

Herr Ludwig:

Wir haben umgeplant in eine Variante. Die alte Variante wäre nicht genehmigungsfähig gewesen.

Frau Schreiber:

Wir hatten uns geeinigt.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Was ist das für eine schwachsinnige Behauptung? Der barrierefreie Zugang ist da.

Frau Schreiber:

Frau Schwarzweiler will, mich aus dem Saal entfernen lassen!
Das, was da an die Wand geworfen ist, ist identisch mit einem genehmigungsfähigen Weg am E-Werk. Viel länger ist die Brücke durch Verlängerung der Neigung.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie hätten eine Brücke hingestellt, die nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Jetzt ist die Brücke dauerhaft nutzbar. Wir haben Ihre Planung korrigiert, um ein barrierefreies Bauwerk zu schaffen. Die Neigung wäre nicht kreuzungsrelevant gewesen, es wäre nur teuer für die Stadtkasse geworden. Es gibt Gesetze. Wir als Verwaltung müssen gesetzeskonform handeln. Es gibt einen Beschluss.

Herr Just:

Weitere Fragen?

Herr Juricke:

Wir sollten den Landesbetrieb für Straßenwesen mitnehmen in die Sitzung. Sitzt der Notarzt in Klausdorf?

Herr Trebschuh:

Das können Sie vom Landkreis abfordern, aber nicht von mir, da bin ich nicht zuständig. Ich übergebe die Frage an den Rettungsdienst.

Frau Küchenmeister:

Thomas-Müntzer-Straße: Gibt es bei der Variantenplanung etwas, das Dabendorf angeht? Liegen die vor oder sind die an die Verwaltung versendet?

Herr Ludwig:
Nein. Die Planung der Deutschen Bahn kommt im Mai.

Frau Küchenmeister:
Es gab eine andere Planung, um das Bauwerk nicht zu vergrößern, wenn auch nicht ganz barrierefrei. Können Sie die Variante für uns noch planen oder uns zur Verfügung stellen? Damit wir uns das ansehen können. Es gab einen SVV-Beschluss, dass so umzusetzen. Die Verwaltung darf sich nicht einfach darüber hinwegsetzen.

Her Ludwig:
Das ist nicht möglich. Sie haben einen Planrechtsantrag.

Frau Küchenmeister:
Man könnte es abwägen. Aber kein Alleingang von der Verwaltung.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Es war kein Alleingang von der Verwaltung.

Frau Küchenmeister:
Wir haben den Bahnübergang in Wünsdorf verloren, was ist mit Unterschriften geschehen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Natürlich macht die Verwaltung etwas. Das war nicht kreuzungsrelevant. Wir können die Investition nicht aus dem eigenen Haushalt stemmen. Wir können die Brücke nur mit Fördermitteln realisieren. Hier sind wir auf den Bund und das Land angewiesen. Kommt da was? Sind wir die ersten, die sich bewerben. Rechtlich haben wir die Kreuzungsrelevanz in allen Instanzen geprüft. Es wurde damals kein Widerspruch eingelegt, daher sind alle Fristen verstrichen.
Ich hatte auch hinsichtlich der Thomas-Müntzer-Straße informiert, dass die Brücke nicht barrierefrei und genehmigungsfähig ist, und das ist der Fall. Wir haben die Vorentwurfsplanung nicht verändert. Was zusätzlich gekommen ist, ist dass wir die Brücke barrierefrei planen mussten. Eine nicht barrierefreie Brücke ist nicht genehmigungsfähig. Ergo, wir müssen diese dann auf Stadtkosten barrierefrei errichten. Wenn man etwas korrigiert, dann ist es die Verantwortung der Verwaltung, dass wir gesetzeskonform agieren. Wenn es um Strategisches geht, ist die SVV zuständig, aber nicht bei Korrekturen. Es wird mit mir keine Kreuzungsvereinbarung und keine Brücke geben, die nicht gesetzeskonform ist.

Frau Küchenmeister:
Die Informationen waren zu wenig. Man hätte Konsequenz aufzeigen müssen. Die Transparenz fehlt, warum wir statt sechs Monaten jetzt zweieinhalb Jahre haben. Dann hätten wir die Diskussion heute überhaupt nicht.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Ihr Argument ist falsch, es handelte sich um einem Vorentwurf, Sie können nicht davon ausgehen, dass eine Steigung zur Verlängerung der Bauzeit bzw. zur Verlängerung der Sperrzeit beigetragen hat. Herr Ludwig hat gesagt, dass die alte Maßnahme nicht genehmigungsfähig war und dass man es nicht im Raum stehen lassen kann, dass dort eine geringere Sperrzeit möglich gewesen wäre, weil die Sperrzeit auch andere Gründe hat.

Herr Just:
Die Bahn würde auch gern etwas dazu sagen.

Herr Ludwig:

Sie verhaken sich jetzt sehr darin, dass es aufgrund der behindertengerechten Ausgestaltung der Brücke zu einer Verlängerung der Bauzeit kommt. Das ist nicht so. Nein. Wir haben Baugrunduntersuchungen sehr ausführlich durchgeführt, und Ergebnis aus dieser Baugrunderkundung war, dass aus einer Fünffeldbrücke eine Siebenfeldbrücke wurde allein wegen des Baugrundes. Aus diesem Grund schon wär es nötig, die Brücke größer zu bauen, als der Entwurfsplan es vorgesehen hatte. Wesentlich ist die Baugrunduntersuchung, die nach der Vorentwurfsplanung durchgeführt wurde. Der Baugrund ist die alleinige Ursache. Die Barrierefreiheit spielt an dieser Stelle keine Rolle.

Frau Küchenmeister:

Wir haben diese Ergebnisse nicht mitgeteilt bekommen.

Herr Just:

Dazu war dieser Abend da, dass alle den gleichen Kenntnisstand haben.

Herr Klucke:

Wir hatten einen Beschluss, dass eine behindertengerechte Planung mit 3 Prozent möglich ist, jetzt sind wir bei einer Achtfeld-Planung. Das hätte man auch für uns so darstellen können.

Wie stellt die Stadt Zossen den Einsatz der Feuerwehr sicher, wenn Mellensee und Saalow nicht zur Verfügung stehen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Aus unserer Sicht gibt es keine Probleme, wir haben uns mit den Kameraden aus Mellensee abgestimmt.

Die Bürgermeisterin führt weiter Diskussionen mit der Stadtwehrführung. Wenn Sie mir jetzt etwas anderes sagen, werde ich morgen die Herren fragen.

Was Herr Klucke angeregt hat, natürlich nehmen wir die Anregungen auf. Barrierefreiheit entfällt ja dadurch nicht.

Herr Klucke:

Wann hat Zossen konkret mit Mellensee gesprochen und wer?

Frau Şahin-Schwarzweiler

Das war die Stadtwehrführung

Herr Klucke:

Dann informieren Sie uns bitte.

Frau Şahin-Schwarzweiler

Dann bestreiten Sie die Sinnhaftigkeit einer Freiwilligen Feuerwehr. Diese muss auch einsatzfähig für ihre eigenen Ortschaften bzw. Ortsteile sein.

Herr Just:

Die Frist muss im Fokus behalten werden, bitte keine Schuldzuweisungen.

Herr Czesky:

Der Wehrdamm war mal ein Bahnübergang, kann man diesen alten Bahnübergang während der Bauphase als Querung nutzen?

Herr Ludwig:

Das haben wir nicht geprüft. Sie müssten dafür aber einen kompletten neuen Bahnübergang und Straße und die Anbindung ans Stellwerk machen. Nein, das funktioniert demnach nicht

Herr Czesky:

Sie haben an der Bahn eine Zuwegung über die anderen Straßen und könnten das Bauzeitschließungsfester verringern. Auf Anliegerstraße ist nur ein Kranstandort im Weg, Sie fahren zwischendurch.

Herr Ludwig:

Nein, die Anliegerstraße ist nur ein Provisorium und maximal 3,5 Meter breit.

Herr Czesky:

Wir könnten 1-spurig mit der Feuerwehr durchkommen, um die Sperrungszeit zu minimieren. Es ist Mehraufwand, aber vielleicht eine Option, um Zeiten zu verringern.

Herr Maurer:

Wir kommen möglicherweise auf der westlichen Seite durch, aber auf der östlichen Seite ist Schluss.

Herr Czesky:

Die östliche Seite ist aufgeschüttet und noch befahrbar. Alles was geht, muss auf Schienen geliefert werden.

Herr Maurer:

Unser größter Kran ist 800 Tonnen schwer; wir nutzen den Kranstandort als Probefeld. Da dürfen keine Erschütterungen eingebaut werden. Für sechs Monate darf da nichts drauf fahren. Unten drunter ist auch noch Kies-Sand-Schüttung. Jedes Fahrzeug, was auf die Aufladenschüttung rauffährt, muss vermessen werden.

Herr Czesky:

Ich will ja auf der alten Straße fahren.

Herr Maurer:

Da sind die Probefelder, das geht nicht.

Frau Şahin-Schwarzweiler

Wir können den Sachverhalt zusammenfassen.

Herr Czesky:

Hauptaufgabe für die Bahn ist, von der Sperrungszeit herunterzukommen. Es geht einfach so nicht.

Herr Trebschuh:

Das ist auch unser Ansinnen. Dass keine Sperrung erfolgen kann, das ist nicht möglich. Aber jeder Monat, den wir sparen, ist für die Bürger erstrebenswert. Auch wenn das für Sie finanziell ein größerer Aufwand ist.

Herr Ludwig:

Geld ist kein Kriterium, wir sind bundesfinanziert.

Herr Ludwig:

Wir denken darüber nach. Dass jeder Tag ohne Sperrung ein gewinnere Tag für Sie ist, das nehmen wir mit.

Herr Reimer:

Vermuten Sie auch in 30 Metern noch keinen stabilen Grund?

Herr Maurer:

Neben der Anliegerstraße haben wir ein Moorgebiet, wir haben in 20 Metern noch immer keinen tragfähigen Baugrund.

Bürger 2:

Keiler, Ortsbeirat Mellensee, wenn wir Sie zu unserem Bauausschuss am 30.3. einladen würden, haben Sie noch einen Termin im März?

Herr Ludwig:

Da müssen wir später miteinander reden.

Herr Klucke:

Auf dem Stadtportal „zossen.de“, werden Sie die Präsentation gleich dort einstellen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Präsentation ist auf den Seiten der DB einsehbar.

9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Just schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:40 Uhr.

René Just
Vorsitz

Sabine Leifeld
Protokoll